

# Militärische Landbesetzungen

## Erfahrungen aus der Vanni-Region

Yves Bowie

**Nach Kriegsende leitete die Regierung Sri Lankas die Rücksiedlung aller durch den Krieg vertriebenen Menschen ein. Der Wiederansiedlungsprozess ist jedoch noch keineswegs abgeschlossen, obwohl der Krieg bereits vor neun Jahren endete. Das Militär besetzt im Namen der nationalen Sicherheit nach wie vor weite Landstriche, weshalb vielen Binnenvertriebenen die Rückkehr auf ihr angestammtes Land und dadurch auch zu ihrer traditionellen Lebensgrundlage verwehrt ist. Der Autor nimmt eine aktuelle Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der Regierungspolitik aus Sicht der Vertriebenen vor.**

Die Verbesserung der Versammlungsfreiheit, die von der neuen Regierung beschlossen wurde, hat die Proteste der Betroffenen kontinuierlicher und zunehmender werden lassen. Im Jahr 2017 forderten diverse Dorfgemeinschaften in teilweise monatelangen Protesten ihr Land vom Militär zurück. Während einige von ihnen zumindest Teilerfolge feiern konnten, da sie Teile des besetzten Landes zurückerhielten, warten viele weitere Betroffene noch immer auf die Freigabe ihres angestammten Landes – trotz zahlreicher Versprechen von Seiten der Regierung.

### Die Vanni-Region

Als Vanni-Region wird das Festlandgebiet der Nordprovinz Sri Lankas bezeichnet. Dieses umfasst die Distrikte Mannar, Mullaitivu und Vavuniya sowie einen großen Teil des Distrikts Kilinochchi. Die Fläche von circa 7500 Quadratkilometer ist flach und dünn besiedelt und größtenteils mit dichtem Wald bedeckt. Die überwiegende Mehrheit der ansässigen Bevölkerung sind Tamil(inn)en, die von Landwirtschaft, dem führenden Sektor dieser Region, leben. Die *Liberation*

*Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) konzentrierte ab 1995 ihre Macht auf die Vanni-Region und machte Kilinochchi zur Verwaltungshauptstadt. Als das sri-lankische Militär schließlich alle von der LTTE kontrollierten Gebiete zwischen 2006 und 2009 zurückeroberte, wurden mehr als 300.000 Menschen aus dieser Region vertrieben. Nach Kriegsende wurden die meisten von ihnen in Menik Farm, einem Lager für Binnenvertriebene, festgehalten, das mit Stacheldraht umzäunt und vom Militär geführt wurde. Zu Spitzenzeiten beherbergte Menik Farm rund 225.000 Personen auf 700 Hektare Land.

Im Dezember 2009 begann die Regierung, Kriegsvertriebene in ihre ursprünglichen Regionen zurückzusiedeln. Während einige Betroffene auf ihr eigenes Land zurückkehren konnten, blieben viele entweder aufgrund nicht weggeräumter Landminen oder militärischer Sperrzonen intern vertrieben. 2012, als die letzten Personen in den Mullaitivu Distrikt zurückgeführt wurden, wurde Menik Farm endgültig geschlossen. Angesichts der heftigen Gefechte in der letzten Kriegsphase waren die Folgen des bewaffneten Konflikts in der Vanni-Region besonders schwer-

wiegend. Die tamilische Bevölkerung musste ihre gesamte Existenz von Grund auf wiederaufbauen: Fast drei Viertel aller Häuser waren bei Kriegsende unbewohnbar, Ackerland und Felder zerstört und die öffentliche Infrastruktur verwüstet. Eine Armutsbeurteilung der Weltbank aus dem Jahr 2016 ergab, dass in dieser Gegend eine im nationalen Vergleich unverhältnismäßig hohe Anzahl extrem armer Menschen lebt.

### Militarisierung

Trotz des Regierungswechsels von 2015 setzt sich die Militarisierung des Nordens und Ostens Sri Lankas, die sich während der Präsidentschaft von Mahinda Rajapaksa etabliert hat, unvermindert fort und bleibt für die Bevölkerung ein zentrales Hindernis bei der Rückkehr zu einem normalen Leben. Dies steht im Widerspruch mit den von der Regierung eingegangenen Versprechungen zur Demokratisierung und Offenheit gegenüber den Anliegen der tamilischen Bevölkerung. Die Anzahl Militärangehöriger wurde im Februar 2017 auf 243.000 aktive Mitglieder geschätzt. Die aktive Armee Sri Lankas wäre damit größer als diejenige von Frankreich, Israel,

Saudi-Arabien oder Großbritannien. Wie viele Truppen gegenwärtig im Vanni stationiert sind, wird offiziell nicht kommuniziert, jedoch geht die Nichtregierungsorganisation *Adajaalam Centre for Policy Research* (ACPR) im Mullaitivu-Distrikt von einem Verhältnis von einem Soldaten zu zwei Zivilisten aus. Mit rund 60.000 stationierten Streitkräften wäre Mullaitivu damit eine der am stärksten militarisierten Regionen der Welt.

Obwohl in den letzten Jahren die militärischen Kontrollpunkte weitgehend abgebaut wurden, mischen sich die Sicherheitskräfte nach wie vor stark in das öffentliche Leben ein. Die Überwachung, Belästigung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsaktivist(inn)en, NGO-Mitarbeitenden, Journalist(inn)en sind nach wie vor weit verbreitet in der Vanni-Region. Als drei Frauen aus Keppapulavu im Mullaitivu-Distrikt Klagen gegen das Militär wegen der Besetzung ihres Landes einreichten, wurden sie so stark bedroht, dass zwei von ihnen ihre Klage wieder zurückzogen. Außerdem werden Frauen in den militarisierten Gebieten häufig Opfer von sexueller Gewalt und Ausbeutung durch das Militärpersonal.

Die Militarisierung muss darüber hinaus auch im Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Komponenten verstanden werden: Seit Kriegsende hat sich das Militär zunehmend als starker Akteur in der lokalen Wirtschaft etabliert. Die Truppen beteiligen sich gegenwärtig an einer Reihe von kommerziellen Aktivitäten, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismusbranche. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Militärs nehmen der Lokalbevölkerung in der Vanni-Region insbesondere bei der Landwirtschaft wichtige

Einnahmequellen und setzen die Sicherheitskräfte mit der Bevölkerung in direkte Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser. Zudem wird berichtet, dass das Militär seine landwirtschaftlichen Produkte unter dem üblichen Marktpreis verkauft. Die Lokalbevölkerung kann mit solchen Preisen nicht konkurrieren.

### Militärische Landbesetzungen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und ihre sri-lankische Partnerorganisation National Fisheries Solidarity Movement (NAFSO) besuchte sechs Gemeinschaften, deren Land noch immer vom Militär besetzt ist (Iranaitivu, Mullivaikkal, Iranapalai, Keppapulavu, Mullikulam und Pallimunai West) und zwei Gemeinschaften, deren Land vor kurzem freigegeben wurde (Pilakudiyiruppu, Puthukkudiyiruppu). Eines der gravierendsten Probleme der anhaltenden Binnenvertreibung ist, dass viele Menschen ohne angemessene Entschädigung von ihren Häusern und traditionellen Lebensgrundlagen ferngehalten werden. Nach Angaben der Regierung besetzte das Militär im Mai 2017 auf der ganzen Insel noch 18.976 *Acres* (76,8 Quadratkilometer) Staats- und 6439 *Acres* (26,1 Quadratkilometer) Privatland. Unklar ist, ob diese von der Regierung zur Verfügung gestellte Ziffer der militärisch besetzten Landfläche korrekt ist. Im Okto-

ber 2017 schätzten die NGOs ACPR und *People for Equality and Relief in Lanka* (PEARL) ausgehend von eigenen Untersuchungen den Umfang des besetzten Landes allein im Mullaitivu-Distrikt auf 30.000 *Acres* (121,4 Quadratkilometer) und stellen damit die von der Regierung berechnete Gesamtsumme von 25.415 *Acres* (102,9 Quadratkilometer) infrage. Tatsache ist, dass ungeachtet dieser Diskrepanz die bestehenden Landbesetzungen mehrere Tausend Familien von der Rückkehr in ihr Zuhause abhalten und sie in eine Notsituation drängen.

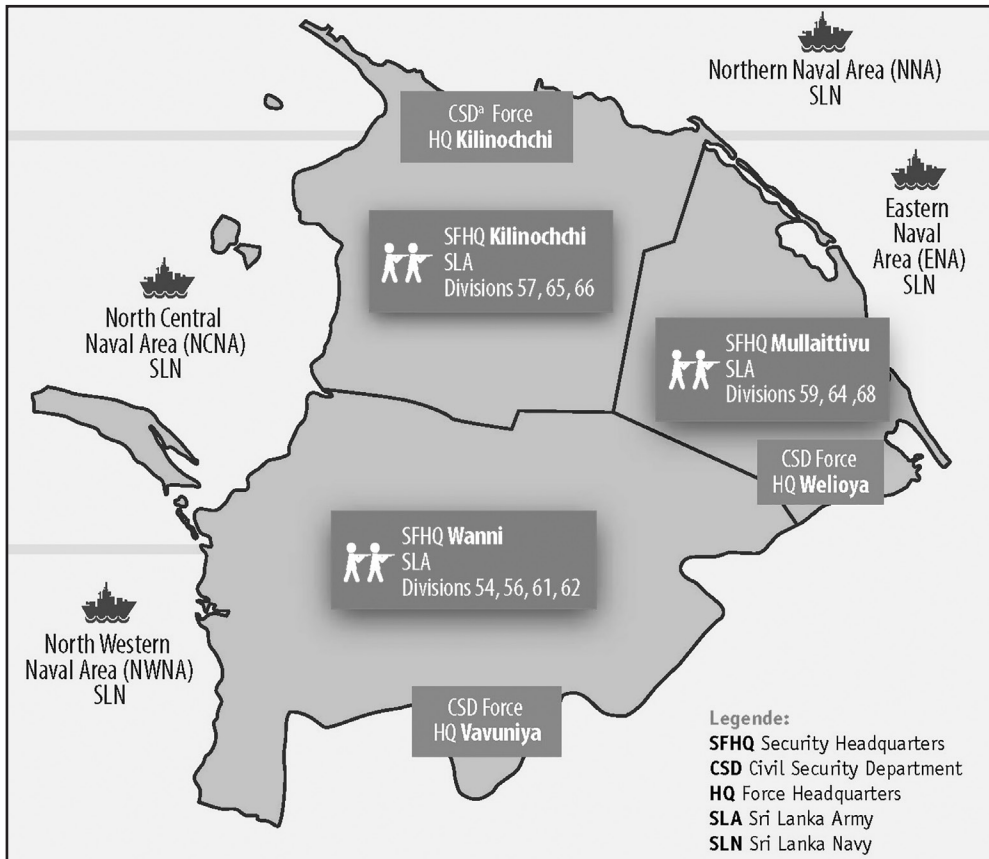
### Einzelne Orte vertriebener Gemeinschaften

Vor ihrer Vertreibung lebten die Menschen der besuchten Gemeinschaften auf ihrem Land und verdienten ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und mit Fischfang. Sie hatten diversifizierte Einkommensquellen und konnten gut für ihre Familien sorgen. Heute stehen die Menschen im Alltag vor einer Reihe von Herausforderungen, da die militärische Besetzung ihres Landes ihnen den Zugang zu beiden Einkommensquellen über Jahre hinweg verwehrt hat. Vertriebene verloren so entweder ihre traditionelle Existenzgrundlage oder ihr Haushaltseinkommen ging deutlich zurück. Fischer müssen längere Wege in Kauf nehmen (und benötigen



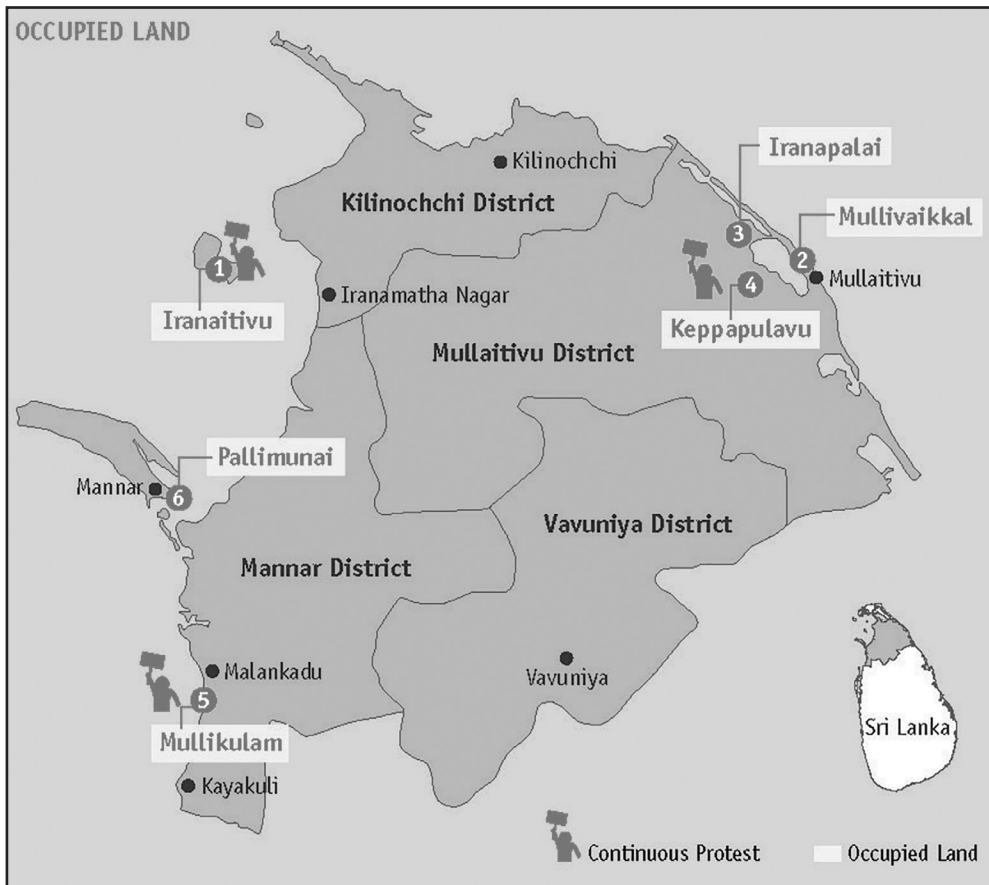
Selbstgefertigte Unterkunft auf dem zurückgegebenen Land in Pilakudiyiruppu.

Bild: © Gesellschaft für bedrohte Völker



Militärische Stützpunkte im Norden.

Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker



Übersicht über fortdauernde Proteste der lokalen Bevölkerung.

Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker



Soldaten vom Hauptquartier der Sicherheitskräfte in Mullaittivu.

Bild: © Gesellschaft für bedrohte Völker



deutlich mehr Treibstoff), um ihre traditionellen Fischgründe zu erreichen, und die traditionelle Strandwadenfischerei wurde in den besetzten Gebieten verboten. Meist fehlt es außerdem in den Umsiedlungsgebieten an Wasser für die Landwirtschaft. Darüber hinaus war die Unterstützung der Regierung in den besuchten Gemeinschaften ungenügend, um entweder die traditionelle Existenzsicherung wiederaufzunehmen oder einen alternativen Lebensunterhalt aufzubauen. Infolgedessen haben unzählige Vertriebene große Mühe, für ihre Familie zu sorgen. Von Frauen geführte Haushalte sind besonders stark betroffen. Für drei der besuchten Dorfgemeinschaften stellte die Regierung im Rahmen des Wiederansiedlungsprozesses Häuser in alternativen Gebieten zu Verfügung. Dies heißt jedoch nicht, dass die neuen Häuser und die dazugehörigen Grundstücke eine angemessene Entschädigung für das verlorene Eigentum bedeuten. Ein Teil der Familien lebt auch gegenwärtig in gemieteten Häusern oder bei Freunden und Verwandten und ist auf die anhaltende Unterstützung der Aufnahmegemeinschaften angewiesen.

Bevor die Marine die Insel Iranaitivu in einen Militärstützpunkt umwandelte und den Zugang für die ehemaligen Bewohner/-innen einschränkte, fuhren die Männer mit dem Boot aufs Meer und die Frauen sammelten Garnelen, Krabben und Muscheln an der Küste. Zusätzliche Einnahmequellen waren Viehhaltung, Gemüseanbau und Kokosnusszucht. Heute dürfen Fischer nur noch tagsüber auf einem kleinen Küstenstreifen fischen. Dafür müssen sie zweimal täglich eine 12-Seemeilen-Reise auf sich nehmen, wodurch die Fischerboote viel mehr Treibstoff verbrauchen, um die tra-

ditionellen Fischgründe zu erreichen. Frauen ist der Zutritt zur Insel komplett untersagt, weshalb sie ihre traditionelle Lebensgrundlage vollständig verloren haben.

Vor ihrer Vertreibung konnten die Fischer von Keppapulavu ihre Netze in der Lagune auswerfen und über Nacht nach Hause zurückkehren. Durch die militärische Besetzung ihres Dorfes müssen sie nun mit ihrer Fischereiausrüstung mindestens sechs Kilometer bis zur Lagune zu Fuß zurücklegen. Eine Rückkehr über Nacht ist angesichts des langen Weges nicht mehr möglich. So können Frauen ihre Ehemänner auch nicht mehr bei der Arbeit unterstützen, indem sie die Netze säubern und die Fische am Ufer weiterverarbeiten. Dies hat zu einer zusätzlichen Verringerung des Einkommens diverser Familien geführt. Ebenso ist Wasser im Umsiedlungsgebiet sowohl für den täglichen Konsum als auch für die Landwirtschaft knapp.

Für die vertriebenen Familien in Mullikulam wurden in einem alternativen Land Häuser gebaut. Es gibt aber immer noch Familien, die in gemieteten Häusern oder bei Freunden und Verwandten leben, da sie bisher kein Haus erhalten haben. Die Qualität der neu errichteten Häuser ist unzureichend: Viele weisen bereits Risse in den Wänden auf. Während

176 Familien ebenfalls je einen halben *Acre* fruchtbares Land erhielten, mangelt es aufgrund von fehlenden Brunnen und Bewässerungsbecken an Wasser, teilweise gar für den täglichen Konsum. Landwirtschaft ist daher kaum möglich.

In allen drei Gebieten haben die Gemeinschaften anhaltend protestiert. In Keppapulavu hat der Protest vor dem Eingang der Militärcamps am 1. März 2017 begonnen. Aufgrund des Protestes wurde Ende 2017 ein Teil des Landes freigegeben. Allerdings wurden die Häuser der Menschen sowie die Brunnen ganz oder teilweise zerstört. Als für die Gemeinschaft im Mai 2017 für einen Tag der Zugang zum Hindu-Tempel geöffnet wurde, waren die Häuser noch intakt. Die Armee hat teilweise sogar Beton in den Boden gedrückt, so dass dort keine Landwirtschaft möglich ist. In Iranaitivu hat die Gemeinschaft am 1. Mai 2017 auf dem Festland mit dem Protest begonnen. Trotz Versprechungen der Regierung wurde die Insel bisher nicht freigegeben. In Mullikulam hat die Gemeinschaft im März/April 2017 über einen Monat lang protestiert. Nach dem Versprechen der Regierung, das Land bis Ende 2017 freizugeben, wurde der Protest abgebrochen. Das Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten und die Gemeinschaft bleibt intern vertrieben.



Haus in Vanni mit Kriegszerstörungen.

Bild: © Gesellschaft für bedrohte Völker

### Freigegebenes Land und Wiederansiedlungen

Die neue Regierung verpasste ihre selbst gesetzte Frist für die Rücksiedlung aller Binnenvertriebenen bis Ende 2016. Bislang gehen der Wiederansiedlungsprozess und die Suche nach dauerhaften, nachhaltigen Lösungen nur langsam voran. Das Militär hat der Lokalbevölkerung gemäß offiziellen Angaben bis Mai 2017 von anfänglich 104.578 besetzten Acres (423,3 Quadratkilometer) 54.769 Acres (221,6 Quadratkilometer) Staats- und 24.394 Acres (98,7 Quadratkilometer) Privatland zurückgeben. Obwohl dies als signifikanter Fortschritt interpretiert werden könnte, muss das schmerzlich langsame Tempo der Landfreigaben (auch nach dem Regierungswechsel) mit bedacht werden. Laut dem leitenden Beamten für zivil-militärische Zusammenarbeit, Oberstleutnant Asela Ubayasekara, hat das Militär bereits alle verfügbaren Flächen freigegeben. Weitere Freigaben im Norden von Sri Lanka kommen für ihn nicht infrage. Dies steht im Widerspruch zu Aussagen von Regierungsvertreter(inne)n, welche versprochen haben, sämtliches besetztes Land freizugeben.

Die Rückkehr der Menschen auf ihr traditionelles Land wird als mögliches Mittel verstanden, der Armut zu entkommen, indem die verlorene Existenzsicherung wieder aufgenommen werden kann. Allerdings stoßen die besuchten Gemeinschaften, die im letzten Jahr dank Protesten einen Teil ihres traditionellen Landes zurückgewonnen haben, auf kaum zu bewältigende Hindernisse bei der Wiederansiedlung: Teilweise ist es nicht möglich, auf dem freigegebenen Land zu leben, wo Häuser und Brunnen zerstört wurden und die Infrastruktur fehlt. Wenn Unterstützung der Regierung gewährt wird, ist sie unzureichend. Auch medizinische Einrichtungen und Schulen fehlen. Weil es teilweise auch an öffentlichen Transportmitteln mangelt, wird der Zugang zu Gesundheit und Bildung zusätzlich erschwert. Obwohl das Militär in Pilakudiyiruppu das Land von 41 Familien freigegeben hat, sind gegenwärtig nur neun Familien zurück nach Pilakudiyiruppu gezogen. Auch hier wurden die Häuser und die gesamte grundlegende Infrastruktur wie Toiletten und Trinkwasserbrunnen zerstört. Staatliche Unterstützung für die Wiederansiedlung erhielten die Menschen keine. Die rückgesiedelten Familien leben in provisorischen, selbstgebauten Notunterkünften. Für medizinische Versorgung müssen sie fünf Kilometer zum nächsten Krankenhaus reisen. Öffentliche Transportmittel gibt es kaum, was es für Schüler schwierig macht, die vier Kilometer entfernte Schule zu besuchen. In Puthukkudiyiruppu hinterließ die Armee absichtlich eine Spur der Zerstörung, bevor sie das Land freigab. Die Menschen kehrten zu beschädigten Häusern und zerstörter Infrastruktur zurück. Die Soldat(inn)en hatten auf einem Grundstück beispielsweise Abfall verteilt, Schrauben aus den Türrahmen herausgerissen, die elektrischen Leitungen durchtrennt und die Steckdosenhalterungen entfernt.

### Forderungen

Die Betroffenen und ihre Interessenorganisation NAFSO sowie die internationalen Unterstützer, unter anderem die Gesellschaft für bedrohte Völker in der Schweiz, fordern die Regierung von Sri Lanka dazu auf:

- die Vanni-Region zu demilitarisieren, indem die Militärpräsenz stark reduziert wird und die Überwachung der lokalen Bevölkerung und Zivilgesellschaft sowie die wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs eingestellt werden,
- alle besetzten Gebiete für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ihren ursprünglichen Besitzern zurückzugeben sowie die Binnenvertriebenen für den Wiederansiedlungsprozess zu konsultieren,
- vertriebene und rückgesiedelte Menschen eine ausreichende Grundausstattung wie Trinkwasser, Elektrizität und Sanitäreinrichtungen zur Verfügung zu stellen, sowie den Zugang zu medizinischen Einrichtungen und denen für Bildung zu gewährleisten,
- für lokale Gemeinschaften den uneingeschränkten Zugang zu Land und Wasser sicherzustellen.

### Zum Autor



Yves Bowie ist Sri Lanka-Referent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Er studierte Sozialpolitik und Zeitgeschichte.

### Literaturhinweis

Der vollständige Bericht «Vanni: Civilian Land under Military Occupation» auf Englisch findet sich unter [www.gfbv.ch/sri-lanka](http://www.gfbv.ch/sri-lanka).